

Die Erbschaft der Verfloffenen.

Kritische Beleuchtung des Reichshaushalts im Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Vollziehung am Dienstagabend mit dem Reichshaushalt für 1929. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht erstattete den Bericht der Ausschüsse. Er lobte zahlreiche formelle Verbesserungen und fuhr dann fort:

Die Reichsregierung hat fünf negative Erbschaften übernommen, die sich jetzt auswirken:

1. die ungeklärte Kassenlage;
2. die ungedeckten Ausgaben des Außerordentlichen Haushalts;
3. einen „Leertitel“ für Arbeitslosenversicherung;
4. einen noch nicht etablierten 33-Millionen-Kosten für bereits bezahlte Befähigungskosten aus den Jahren 1925 bis 1927 und zu allem;
5. die ungedeckten Mehrausgaben für Reparationen unter gleichzeitigem Fortfall einmaliger Einnahmen.

Die Kassenlage ist zurzeit die dringendste Sorge. Wir sind jetzt tatsächlich so weit, daß über die zulässigen Betriebskredit hinaus die gesamten offenen Anleiheremittierungen im Wege kurzfristigen Kredits voll ständig gemacht werden müssen. Die Ausschüsse haben eine etwa mögliche Mithilfe von Länderseite angeboten und empfohlen jede verlässliche Ausgabe über den 1. April zu verschieben. Die vorige Regierung ist bei Festlegung der Ueberschüsse für 1927 über das Ziel hinausgeschossen, da die Zahlung von 33 Millionen für Befähigungskosten aus 1925 bis 1927 besser von den Ueberschüssen abgedeckt worden wäre, während sie jetzt den Haushalt für 1929 belastet.

Im vorigen Jahre galt der außerordentliche Haushalt als Schmutzstück: die Ausgaben waren buchmäßig gesenkt und ohne Anleihen mit anderen Mitteln gedeckt. Auch von dieser Deckung ist der größte Betrag — Rückzahlung eines 80-Millionen-Darlehens durch die Reichsbahn — bisher ausgeblieben und der Beiritt für Arbeitslosenversicherung mußte schon bis Ende Februar mit 105 Millionen Reichsmark Darlehen ausgefüllt werden.

Als Entlastung für 1929 ist eine innere Anleihe im Werte von 164 Millionen bei den Trägern der Invalidenversicherung vorgesehen, die ursprünglich im Rahmen der noch bestehenden Ermäßigungen verrechnet werden sollte. Im Reichsrat hat sich hier jedoch eine entsprechende Änderung ergeben. Die steigende Arbeitslosigkeit hat das Reich genötigt, der Reichsanstalt aus öffentlichen Darlehen von mehr als hundert Millionen zu geben, obwohl die Anstalt mit einem beträchtlichen Stand in den Winter ging. Sie wird diese Darlehen im Sommer nur teilweise zurückzahlen können, so daß sie — mangels Bestandes — im nächsten Winter auch bei normaler Arbeitslosigkeit mindestens 150 Millionen vom Reich entleihen muß.

Bei den Kanalbauten haben die Ausschüsse 7,5 Millionen gestrichen. Umgekehrt haben die Ausschüsse den Ankauf für landwirtschaftliche Siedlung um den für fünf Jahre zugelegten Betrag von 50 Millionen (statt 25 Millionen) heraufgesetzt. Gerade die jetzige Lage des Gütermarktes sichert den günstigen Ankauf und macht das Siedlungswort doppelt nützlich.

Hiernach hat der Außerordentliche Haushalt im Reichsrat eine vollständige Umgestaltung erfahren.

Nachdem der Berichterstatter eine eingehende Darstellung der Einnahmen und Ausgaben des Etats gegeben, fuhr er fort:

Daß die sozialen Ausgaben infolge der Arbeitslosenfürsorge wachsen würden, war vorauszusehen. Die wirtschaftlichen Ausgaben sind von Jahr zu Jahr stark gestiegen. Es werden noch 22,3 Millionen einmaliger Ausgaben für die Landwirtschaft vorzulegen, darunter 18 Millionen für „landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Abzäuförderung“ als erste Rate für ein auf fünf Jahre und insgesamt hundert Millionen berechnetes Reformprogramm.

Die weitere Senkung der Ausgaben für Heer und Marine (brutto um 22,7 Millionen) zeigt den ersten Willen, hier zu sparen. Die Anläufe für Waffen, Munition und Heeresgerät sind auf 73,9 Millionen herabgesetzt (gegen 1928 84,1, 1927 ohne Reste 90,9), die Anläufe für Schiffneubauten einschließlich Ausrüstung auf 47 (gegen 1928 57,6 und 1927 ohne Reste 52,1), für das Panzerschiff sind als zweite Rate 13,2 Millionen eingeleitet. Zum erstenmal seit dem Kriege

hakt der größte Posten des Reichshaushalts, die Ausgabe für Kriegsveteranen, die Ausgabe für Kriegsveteranen um etwas

(einige 20 Millionen). Die Hinterbliebenenversorgung vermindert sich zwar stärker; die Waisen, die bei Kriegsausbruch mehr als drei Jahre alt waren, scheiden jetzt aus, es kommen in der Hauptphase

war zugegeben, daß Beinert die Wendung von den Summen gebraucht hat. Doch sagt das Urteil: „Aber der Privatläger (Beinert) hat mit diesem Titel nur diejenigen Beamten treffen wollen, die sich heute vor ungebildeten Menschen, die sich in hohen Staatsstellen befinden und Einfluß ausüben, verbeugen.“ Hier riecht es nach Bismarck und dem „Saitergerichten“. Hier kommt der Akademiepräsident zum Durchbruch, der in jedem Richtstudierten einen ungebildeten Anwalt sieht. (Beifall Zustimmung links.)

Wenn ich vor der Verhandlung des Falles Oberstaatsanwalt Schulz im Rechtsauschuss ein Urteil abgab, so würde das der Objektivität widersprechen. (Zuruf rechts: Sie und Objektivität!) Andere Beute zweifeln nicht an meiner Objektivität. So ist Major Buchrucker zweimal bei mir gewesen, um seine Argumente im Falle Schulz vorzutragen. (Beifall links: Höri! Höri!) Wenn Sie Unrecht an Unschuldben gutmachen wollen, dann tun Sie das im Falle unseres ehemaligen Kollegen Hoffmann (Guben). Hoffmann soll nach deutschnationaler Angeberei als Leiter der Krankenkasse Betrug, Untreue usw. begangen haben.

Es gereicht mir zur besonderen Beugung, von dieser Tribüne das rechtskräftige Urteil zu verlesen, das Hoffmann befehligt, daß er nicht nur kein Unrecht begangen, sondern die Krankenkasse unter Einwirkung seiner ganzen Persönlichkeit gefördert hat.

Der Zweck der Hege ist allerdings erreicht: Hoffmann hat Amt und Mandat verloren, er ist jetzt mittel- und existenzlos. (Zuruf rechts: Er kann ja aufs Wohlfahrtsamt gehen! — Große Unruhe links.) Um diesen Erfolg beneidet Sie allerdings kein reichlich Denkender.

Ergegen den Beteuerungen der Nationalsozialisten sind die in letzter Zeit neuerrichteten Synagogen und Friedhöfe schänder als eingeschriebene Mitglieder der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ festgestellt worden!

Der Redner behandelt dann das Problem der Todesstrafe und bringt dabei ein besonders krasses Beispiel zur Sprache. Diesen Teil der Ausführungen geben wir an anderer Stelle des Blattes.

Nach der Rede Ruitners wird die Beratung abgebrochen und das deutschnationale

Mittrauensvotum gegen Innenminister Grafen-Hoffmann von dem Bankrott Preimannmores mit 211 gegen 140 Stimmen bei Enthaltung der Kommunisten, abgelehnt.

Die Abänderungsanträge zum Flaggengesetz werden in namentlichen Abstimmungen abgelehnt. Die Schlussabstimmung über das Flaggengesetz erfolgt bei Stimmenthaltung der Kommunisten, die Annahme mit 208 Stimmen der Regierungsparteien. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

noch die zwischen 1911 und 1919 geborenen in Betracht. Aber die Zahl der neu anzuerkennenden oder sich verschlechternden Fälle der Kriegsbefähigung steigt noch immer, so daß sich auch in den nächsten Jahren dieser Posten nur wenig senken wird.

Die Ausschüsse haben im ordentlichen Haushalt gestrichen: beim Auswärtigen Amt 2,7 Millionen, darunter bei den Auslandszulagen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage eine Million; bei Heer und Marine 5,3 Millionen; bei der Verwaltung der Binnenwasserstraßen 1,7 Millionen; bei der Reichsfinanzverwaltung für den Bau reichseigener Beamtenwohnungen 2 Millionen; bei der Etaplierung für Befähigungskosten auf 1925 bis 1927 rund 20 Millionen; bei anderen Stellen 1,6 Millionen; bei den Reisekosten aller Reichsbehörden durch Abstrich von 10 Proz. 2,5 Millionen; bei den Personalkosten aller Reichsbehörden durch Pauschalabzug 5 Millionen; zusammen rund 41 Millionen.

1929 wird mit Recht als Notjahr bezeichnet. Wäre es nur ein einzelnes Notjahr, so könnte man ein einmaliges Defizit in Aussicht nehmen. Aber heute haben wir noch keine Sicherheit, daß es nicht bei ähnlichen Notjahren bleibt. Im Jahre 1930 wird sich das allgemeine Haushaltsbild außerhalb des Londoner Abkommens voraussichtlich nur wenig ändern.

So gibt es im Bereich realer Möglichkeiten für die nächsten Jahre nur eine wirkliche Entlastung, das ist die Senkung der Reparationslast und die Räumung des belasteten Gebietes. Ich glaube, daß auch der Reichstag, trotz bester Streichungsvorsätze, zu denen wir ihm Glück wünschen, zu keinem anderen Ergebnis kommen wird. Ob es möglich ist, die erforderlichen Veränderungen dieser beiden Posten bald zu erzielen, steht dahin. Wir hoffen es, wollen aber nicht gefährliche und unübersehbare neue Opfer dafür bringen. Das ist sicherlich die einseitige Ansicht des Reichsrats.

Der Berichterstatter legt Entschlüsse der Ausschüsse vor, die mit möglicher Beschleunigung ein Ministerpenalionsgesetz und die anteilweise Uebertragung des Reichswasserschutzes an die Länder verlangen.

Reichsfinanzminister Dr. Hülferding gab darauf im Rahmen der Reichsregierung eine Erklärung ab des Inhalts, daß die Regierung sich nicht dem Vorschlag der Reichsratsausschüsse in einigen Punkten nicht einverstanden erkläre und hier Doppelvorlagen machen werde. Das beziehe sich auf einen Vortrag von 32½ Millionen. Vor allem richte sich der Widerspruch der Regierung gegen die Ausfüllung des Beiritts über die Dithilfe mit 25 Millionen. Die Reichsregierung stehe mit der preussischen Staatsregierung in ausföhrlicheren Verhandlungen über Maßnahmen, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch vor allem landwirtschaftlicher Betriebe in Ostpreußen verhindern sollen. Nur aus diesem Grunde wende sich die Regierung dagegen, daß jetzt schon ein bestimmter Betrag für dieses Ausgabe eingelegt wird.

Reichswehrminister Groener bedauert die vorgeschlagenen Streichungen an den Reiseausgaben. Diese Ausgaben im Behnministerium sind von größerer Bedeutung als in anderen Ministerien, weil sie hier eng mit den militärischen Uebungen, der Ausbildung und Materialbeschaffung zusammenhängen.

Ein Antrag Bayerns, die Deduzen des Defizits allein durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Proz. vorzunehmen, wird mit 48 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Die Ausschussvorlage über die Forderung des Biersteuer-gesetzes wird mit 41 gegen 27 Stimmen angenommen, die Ausschussvorlage zum Branntweinmonopol mit grober Mehrheit. Hierbei gibt auf Wunsch der Regierung Bedens der Präsident der Reichsmonopolverwaltung die Zusage, daß den kleinen Brennereien Erleichterungen gewährt werden sollen.

Angenommen wird auch der Entwurf des Ausschusses zur Forderung der Erbschaftsteuer mit 38 gegen 20 Stimmen.

Zum Regierungsentwurf über die Senkung des Einkommensteuertarifs bei den mittleren Einkommen haben die Reichsratsausschüsse bis Senkung bei der gegenwärtigen ungenügenden Finanzlage und bei der geringen Wirkung für den einzelnen Steuerzahler für unzumutbar erklärt. Auf Antrag der Ausschüsse wird der Regierungsentwurf, abgesehen von einigen nebenläufigen Bestimmungen, abgelehnt.

Das Haushaltsgesetz wird schließlich nach den Vorschlägen der Ausschüsse angenommen, nachdem ein bayerischer Antrag auf Streichung des Vermögenssteuerzuschlags mit 43 gegen 26 Stimmen abgelehnt worden ist.

Die Vorlage über die Stufungsaktion für die Schickau-Werke wird hierauf gegen die Stimme Bayerns angenommen.

Das Baukreditgesetz zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wird gleichfalls angenommen.

Angenommen werden u. a. sozialdemokratische Anträge:

jedem Gewerbemedizinisch-ärztlichen einen Assistenzarzt beizugeben, und kinderreichen Familien im Falle der Bedürftigkeit an Stelle von Vorkassentafeln einen höheren Geldbetrag zu schenken. Ebenfalls angenommen wird der Antrag des Hauptauschusses, für 1930 im Etat verstärkte Mittel zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs einzusetzen. Abgelehnt wird der Antrag der Wirtschaftspartei, die Außerkräftsetzung des Wirtschafsgesetzes beim Reich zu erwirken. Ein Antrag, bei der Zuteilung von Hauszinssteuermitteln die Gemeinden zu bevorzugen, die infolge starker Entwicklung von Handel und Industrie stärkeren Zuwachs haben, wird angenommen, ebenso ein Antrag, der Erhaltung des Wohnraumes gehörende Beachtung zu schenken.

Heute, Mittwoch, 11 Uhr: Fortsetzung der Justizdebatte, kleinere Vorlagen.

Rüpfenzen überall.

Kommunistischer Radou in Darmstadt.

Darmstadt, 3. März. (Eigenbericht.)

Im Hessischen Landtag beantragten die Kommunisten am Dienstag, ihre Anträge zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Als das abgelehnt wurde, erhoben die auf den Tribünen anwesenden Erwerbslosen, ermuntert durch das Loben der kommunistischen Abgeordneten, ein fürchterliches Gebrüll. Schimpfworte wie „Schieber“, „Lumpen“ usw. flogen in den Saal. Landtagspräsident Delp (Soz.) sah sich schließlich gezwungen, die Sitzung zu schließen und die Tribünen polizeilich zu räumen. Die Erwerbslosen sammelten sich daraufhin im Lichtlof des Landtages, wo der kommunistische Abgeordnete Sumpf eine Ansprache hielt. Der Lichtlof mußte schließlich ebenfalls geräumt werden.

Der Urheber der Ständalzen, der kommunistische Abg. Sumpf, wurde von der Dienstag-Sitzung ausgeschlossen.

„Judenrepublik“ — sechs Wochen Gefängnis. Der 20 Jahre alte kaufmännische Angestellte Wilhelm Koller, Geschäftsführer der Kölner Hülfergarde, wurde wegen Vergehens gegen das Republikungsgesetz zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte in zwei Versammlungen von der „Judenrepublik“ gesprochen und die Behauptung aufgestellt, die deutsche Republik sei durch und durch „jüdisch“. Der Gerichtsvorlesende betonte in der Begründung des Urteils, man dürfe einer unreifen Jugend nicht alles verzeihen und zugutehalten.

sein wird oder schon jahrelang fortlaufend seinen anderen, belgischen Brüdern ausgeplaudert hat! Hier sind noch die unangenehmsten Ueberraschungen möglich, aber wir als Sozialdemokraten fürchten sie nicht; denn wenn dabei ein Sumpf aufgedeckt wird, der für reaktionäre Diplomaten, deutschnationale Zeitungskorrespondenten oder sogar Offiziere, sei es aktive, sei es auf „Privatdienstvertrag“, kompromittierend ist, so können und müssen wir reinen Tisch fordern. Was mit mehr oder minder privaten, mehr oder minder geheimen Fonds hinter dem Rücken der verantwortlichen Reichsregierung getrieben wird, ist ein Kapitel, dessen Klärung durchaus im deutschen Interesse liegt.

Die Utrechter Blasen sind gepläpelt und hinterlassen einen üblen Geruch. Doch ist damit über die Politik der Militärbündnisse, wie sie von Frankreich nicht nur mit Belgien, sondern mit der Hälfte Europas betrieben wird, noch lange nicht das freisprechende Urteil gefällt. Diese „rein defensiven“ Bündnisse mögen während der ersten Nachkriegspsychose eine gewisse Begründung in den Kriegseiden und in der maßlosen Angst vor Deutschland gehabt haben. Aber seit Locarno und seit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verstoßen solche einseitigen Verträge gegen den Geist des Völkereidens. Sie geben nur den Generalfeldmarchen den Vorwand zu „technischen“ Besprechungen, von denen die verantwortlichen Regierungen nichts wissen, manchmal auch absichtlich nichts wissen wollen. Die Entrüstung über die Falschheit der „Utrechter Geheimverträge“ darf nicht die Tatsache vergessen und beschönigen lassen, daß es Geheimverträge wirklich gibt, die für den europäischen Frieden eine nicht zu unterschätzende Gefahr bilden.

Holland bedauert...

Eine Erklärung des holländischen Ministerpräsidenten.

Amsterdam, 5. März. (Eigenbericht.)

In der Zweiten Kammer gab der holländische Ministerpräsident de Geer am Dienstag zu den Utrechter Veröffentlichungen eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

„Am Freitag, dem 22. Februar, abends, hörte ich zum erstenmal von dem

itaurigen Zwischenfall.

als der Minister des Auswärtigen mich besuchte und mir mitteilte, daß nach seinen Informationen am folgenden Abend, dem 23. Februar, ein auffallend interessantes Dokument im „Utrechter Tageblatt“ erscheinen würde. Da er am folgenden Morgen zum Besuch einer Ausstellung nach London reisen wollte, legte er Wert darauf, mich auf die Veröffentlichung vorzubereiten. Er teilte mir u. a. mit, daß das im Besitze des „Utrechter Tageblattes“ befindliche Dokument vor einigen Wochen durch einen Herrn van Beuningen aus Rotterdam im Original dem Generalsekretär seines Ministeriums gezeigt und gleichzeitig eine Abschrift zurückgeschickt wurde. Diese Abschrift habe ich gesehen. Sie wurde Sachverständigen zur Prüfung übermittleit, ohne daß der Sache jedoch vor der Veröffentlichung weitere Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre. Später hat mich eine Mitteilung des „Amsterdamer Handelsblattes“ erreicht, dem die Dokumente zur Veröffentlichung angeboten worden waren. Dieses Blatt lehnte den Ankauf jedoch ab. Am gleichen Tage, dem 22. Februar, habe ich dann vernommen, daß das Dokument am folgenden Abend im „Utrechter Tageblatt“ erscheinen würde.“

„Von den Mitgliedern des Kabinetts und mir“ — so schloß der Ministerpräsident —

„Wird die Veröffentlichung in hohem Maße bedauert.“

Über sowohl der Außenminister als auch ich waren überzeugt, daß ein Eingreifen der Regierung die Veröffentlichung nicht mehr verhindern konnte. Die Regierung ist jedoch überzeugt, daß den Niederlanden von keiner Nation irgendeine Gefahr droht und sie spricht den innigen Wunsch aus, daß die durch die Veröffentlichung hervorgerufenen unglückseligen Tage bald vergessen sein mögen.“

Justizetat im Landtag.

Der Minister gegen die Todesstrafe.

In der am Dienstag im Preussischen Landtag fortgeführten Aussprache über den Justizetat betonte

Justizminister Dr. Schmidt:

Meine Bemühungen gehen dahin, die Justiz den modernen Verhältnissen anzupassen. Ein Staat würde sich aufgeben, wenn er sich nicht gegen ödsartige Angriffe schließt. In der Wichtigkeit des zu schützenden Gutes liegt die Bedeutung der Flaggenprozesse.

Der Richter hat sich frei zu halten von politischer Voreingenommenheit und wirklich unabhängig und unparteilich seinen Spruch zu fällen.

Rach dieser Richtung hin erhoffe ich unbedingt eine weitere Besserung.

Abg. Heilmann hat nach meiner Stellung zur Todesstrafe gefragt. Ich habe in Wadoburg einer Doppelstrichung und in Berlin der Hinrichtung des Luftmarschalls Böttcher beigemohnt. Der Todesstrafe siehe ich als Mensch jetzt ablehnend gegenüber. Diese Einstellung werde ich auch an möglicher Stelle nicht verlegen. (Beifall links.)

Der Minister polemisiert noch gegen den deutschnationalen Dr. Heerberg und schließt mit dem Wunsch, daß die Debatte dazu beitragen möge, die Vertrauenskrise der Justiz zu beseitigen. (Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Ruitner (Soz.):

Wir betrachten es als ein gutes Zeichen, daß die ganze Öffentlichkeit, Presse, Kunst und Theater sich immer mehr für die Rechtspflege interessieren. Deswegen sollten auch die Juristen sich nicht gleich über jede Kritik aufregen, durch die sie sich getroffen fühlen. Das Zeichen im Gerichtssaal muß allgemein erlaubt werden; wenn ein Vorsitzender sein gerechtes Porträt für eine Karikatur hält, dann möge er an das Plakat denken, das in amerikanischen Wäldern über dem Platz des Klavierpielers hängt: Man blüht nicht auf den Klavierspieler zu schließen, der Mann tut sein möglichstes. (Beifall links.)

Schätzliche Fälle von sozialer Republikanismus habe ich im Hauptauschuss angeführt, sie haben sich inzwischen noch vermehrt. Eine der größten Beleidigungen aber enthält ein Urteil, das ergangen ist in Sachen des samosen Amtsgerichtsrats Belwert; der hat nach seiner disziplinarischen Bestrafung in einer Schimpfprozesse die Beamten, die sich auf den Boden der Republik gestellt haben, mit den Worten eines Gedichts als „Lumpen“ bezeichnet. (Zuruf rechts: Wollen Sie bestrafen, daß es Lumpen sind? — Entrüstung links.) Es gibt ja auch auf der Rechten Beamte, die trotz monarchischer Gesinnung von der Republik Geld nehmen, die müssen ja wissen, auf wen das Wort von den Lumpen zutrifft! Was das sozialdemokratische Blatt in Halberstadt die Ausweisung Belwert's anprangerte, fragte dieser wegen Beleidigung und der Redakteur Molkenbaur wurde verurteilt! (Höri! Höri! links.) In der Begründung

„Giftgas über Berlin.“

Die Sondervorstellung im Theater am Schiffbauerdamm.

Mit großem Rärm wurde um das neue Werk Karin Campels gekämpft. Probevorstellungen für Behörden und Parlamentarier waren angefeht und wieder abgelehnt worden. Alles erwartete mit Spannung den Abend, an dem es sich entscheiden sollte, ob Campel die Staatsordnung umstürzen oder ein neues und gewaltiges Kunstwerk auf die Bühne bringen würde. Der Abend ging vorüber, und als der Vorhang über dem dritten Akt fiel, mußte man sagen: Wozu dieser Spektakel um einen Dramatiker, der kaum die Kraft besaß, das Werk, das er sich vorgenommen hatte, mit klarer Befugnis zu füllen und zu packender Gestalt zu formen?

Im ersten Akt wird die Giftgasfabrik vorbereitet. Der Gasfabrikant hat sich dem Kriegsministerium verbunden. Von dem Profit seines Unternehmens konnte er sich eine Villa bauen. Aber der militärische Brotherr ist launisch. Man will den Mann abhalsen. Der Giftgasfabrikant muß um seine Existenz kämpfen. Er ist ein niedriger Kerl, der mächtig vor dem Beauftragten des Kriegsministeriums zusammenzuckt. Als er sich trotzdem rühmt, schneidet er Kacke. Er öffnet einen der Giftkasken. Zunächst wird er selbst gemordet. Ihm folgen die Arbeiter der Fabrik, lauter geschundene und hochmütig angeschauzte Braufucher, in den Tod. Alles, was eben noch schrie und sein Existenzrecht forderte, liegt entseelt auf dem Boden. Und das Giftgas wandert seinen Wälderweg weiter, über das Zentrum Berlins, und besonders auch über das ganze Regierungsviertel und den Reichstagsbezirk. Vergiftet, vergiftet die Minister und die Parlamentarier und dazu noch Tausende unschuldiger Bürger, die mitten in ihrer Alltagsarbeit erstickt müssen. Dieser Tod bringt Leben in die Bude der Militärs. Schon stellt sich die Erzelenz von der Obersten Heeresleitung, eben frisch erholt und von der Sonne der Riviera gebräunt, im Reichswehrministerium ein. Man redet von Diktatur, man ist einem kleinen Putz nicht abgeneigt. Man kann sich das Vergnügen leisten, da die Gasmasten der Reichswehr eben vorzüglich vervollkommen wurden.

Die Erzelenz verschwindet aus dem Ministerium, um in der Zehlendorfer Villa das Signal zum Eingreifen abzugeben. Inzwischen strift und strift das Todesgas sich weiter. Erzelenz fällt kommen, die Stunde der Diktatur hat geschlagen. Alles was Uniform trägt, besonders alles, was auf der ledgrauen Höhe die rote Bliese zeigen darf, ist beglückt. Erzelenz kann ruhig kommen, da ihm auch durch Extrafasche die prima Gasmaste zugeschiebt wird. Run haucht der Tod auch ins Reichswehrministerium. Der Oberst, das Kommandierende rechts Hand, schießt seine eigene Nase hinaus. Auch er würde bald fallen, wenn er nicht ein Erfolgsstiefel fände. Da tritt ihm der Feldwebel entgegen, die Nase vorm Gesicht. Der Oberst fordert: „Geben Sie mir Ihren Giftschuß, Feldwebel!“ Ein tragisches Moment. Sterben oder gehorchen — der Feldwebel gehorcht.

Dritter Akt: Das Gas strift und strift. 82.000 tot, sagt der Bericht der Reichswehr. Eine Million vom Gift ermordet, schreit die ansezi Bevölkerung. Jetzt kann klar zum Putz gemacht werden. Jetzt hat der Putz moralische Berechtigung. Die Erzelenz ist da, der Oberst ist da, die ganze Reichswehr brüllet, alle Minister tot, der ganze Reichstag mörderisch vergast. Das Militär allein darf regieren. Es ist stolz darauf. Der oberste Chef läßt sich vor seinem alten Kriegsgott und vor dem deutschen Volk als Reiter des Staates. Die rote Horde, die rebelliert, die zum Generalsstreik aufmarschiert, ist nur niederzuknallen. Das Gesetz gebietet es. So bald angelegt Giftgasunverwundbarkeit. Selbst der Diktator seiner englischen Majestät versichert dem Diktator, daß er des britischen Beisatz und der britischen Bundesbrüderschaft gewiß sein könne. Sollte es dem Sowjetnachbarn einfallen, das von der Reichstrophe heimgeführte Deutschland zu überfallen, die britischen Flieger werden ausreichende Quantitäten von Giftgasbomben herbeitragen, damit Deutschland und die Welt erhalten bleiben für die gute Ordnung, den legitimen Staatsgedanken. Sogar der letzte sozialistische Reichstagsabgeordnete, der nicht erstickt, weil er am Giftgasstag gerade die Sitzung schwänzte, erkernt rechtzeitig, wohin der gesunde Wind weht, der den Giftgaswind beseitigen wird. Und die Trompeten schmettern, und die Reichswehr marschiert, fester Schritt, fester Trit, Stahlfuß. Stolz steht die Erzelenz, der Diktator, auf der Bühne. Reichswehrmusik, marsch, marsch, eine Art Apotheose, Sphärenmusik zum Anbeginn der neuen Reaktion.

Das alles soll Zukunftsmusik sein und erst spielen im Jahre 1926. Was so als spannendes Ereignis berichtet wird, ist aber ganz roh hingeschrieben. Es wird viel und kindisch aufgetragen. Alles ist auf die primitivste Formel gebracht. Es gibt nur Schiffe oder Sowjetheilige. Wenn die Welt so primitiv geladert wäre, dann ließe sich leicht kämpfen. Durch ein paar geübte Köpfe wäre der ganze Giftgaschwanzel nicht nur für 1926, sondern bis in alle Ewigkeit beseitigt. Was nicht alle herrliche Besinnung, wenn der Mann, der sie uns eintrichern will, ein Stümper und ein Stänker mit Wigen ist, über die nicht einmal der höchste Modikastriker lachen kann?

Auch der Versuch, die Dinge irgendwie zu formen, mißlingt. Das ist seine Dramatik, die die Diskussion lohnt. Manchmal sagt man sich: Als riesige Farce hätte das ganze Stück von dem Dramatiker aufgegeben werden müssen. Doch Campel ist erst, tadelernt, sein Beizhos dann, es ist nur Theaterdrammer. Und dieser Theaterdrammer verhält eben schnell. Der Kunstsenor braucht sich nicht zu erregen, der politische Jenfor braucht ebensowenig zu fürchten. Was nicht alles Kaplerbrechen, alle Herzensgut und aller politischer Bonatismus Campels, wenn er nicht imstande ist, die dürftige Szenenreportage zu überwinden?

Gespielt wurde übrigens famos. Diese jungen Leute, die sich für ihren Kampf begeistern, sind prächtige Schauspieler. Sie haben Schmitz, sie haben Lutz, sie bringen Bewegung in Szenen, die ganz tot sind. Max Hochdorf.

Der Entwurf des Bergarbeitsgesetzes.

Von der Reichsregierung genehmigt.

Amlich wird mitgeteilt: Der Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes, den das Reichskabinett am 4. März genehmigte, wird nach im Laufe der Woche dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugehen. Der Entwurf bildet eine Ergänzung des Entwurfes eines Arbeitsschutzgesetzes, der bekanntlich bereits dem Reichstag vorliegt. Die Entwurfs des Arbeitsschutzgesetzes und des Bergarbeitsgesetzes sollen gleichzeitig Gesetzeskraft erlangen. Der Entwurf des Bergarbeitsgesetzes gliedert sich in fünf Abschnitte: Allgemeine Vorschriften, Arbeitsordnung, Arbeitsvertrag, Arbeitsschutz und Ausführungs- und Nebenbestimmungen. Das Kernstück des Entwurfes ist der Abschnitt über den Arbeitsschutz, der die Vorschriften über Schutz gegen Betriebsgefahren, Arbeitszeit, Sonnensruhe und Durchführung des Arbeitsschutzes enthält. Voraussichtlich wird der Entwurf demnächst vom Reichswirtschaftsrat beraten werden.

Moskauer Schlachtfest.

„Stalin will uns schlachten“, Bucharin zu Komensow.



Schlachtopfer Bucharin: „Ach wär ich erst in Konstantinopel!“

Sozialdemokratie und Konfordat.

Stellungnahme der Berliner Funktionäre.

In einer Versammlung der Funktionäre des Bezirksverbandes Berlin der Sozialdemokratischen Partei sprach am Dienstagabend Genosse Kurt Löwenstein, R. d. R., über die politische Bedeutung des Konfordats.

Genosse Löwenstein meinte, die Sozialdemokratie habe im Kampf gegen das Konfordat es nicht nötig, sich etwa ins Schlepptau des Liberalismus nehmen zu lassen. Die Partei ist stark genug, eine selbständige Stellung einzunehmen. Hilfsgruppen erwachen uns in den etwa 600.000 Mitgliedern der freigeistigen Verbände. Das Zentrum ist in Deutschland nicht nur wegen seiner elastischen Schlüsselstellung zwischen rechts und links eine bedeutende Partei, sondern wegen der ihm innewohnenden politischen und sozialen Kräfte, die, soweit sie uns Kossenerwacht, durchaus zu beachten sind. Aber gerade darauf muß das Zentrum Rücksicht nehmen und wir haben nicht nötig, es mit kulturpolitischen Konzessionen zu füttern.

Die Frage, ob Preußen als Einzelstaat überhaupt ein Konfordat abschließen kann, ist eigentlich schon für uns entschieden. Im Reichstag hat feinerzeit Genosse Saenger im Namen der Reichstagsfraktion dem Bundesstaat Bayern dieses Recht bestritten. Die Reichstagsfraktion kann nicht etwas für verfassungswidrig halten, was die Bundtagsfraktion für Recht anerkennt. Wenn schon Staatsverträge abgeschlossen werden sollen, dann nur durch das Reich, sonst aber nicht gefogt sein soll, daß nunmehr das Reich zu einem Konfordat kommen möge. Löwenstein erörerte dann ausführlich die Rechtsverhältnisse, die ein Konfordat schafft, und kam zu dem Ergebnis, daß sich aus solchem Vertragsabschluss Weiterungen ergeben können, die nie abgesehen sind, weil ein Konfordat immer unbestimmt und unklar ist und deshalb für die Ewigkeit Geltung hat. Gewöhnliche Staatsverträge, die man schrittweise auch mit der Kirche eingehen kann, können in Zeiten ungünstiger politischer Konstellationen durchaus einmal ungünstig ausfallen. Aber sie lassen sich gegebenenfalls ändern, nicht so ein Konfordat.

Wenn wir in Preußen in Kirchen- und Schulfragen Konzessionen machen wüßten, so doch immer in der Hoffnung, das zu gegebener Zeit wieder ändern zu können. Das wird aber beim Abschluß eines Konfordates unmöglich. Aber auch die Form, wie bisher die Konfordatsverhandlungen geführt wurden, ist unerträglich. Wir sind gegen Geheimverhandlungen und Geheimdiplomatie.

weil wir unter solchen Umständen nie unsere außerparlamentarischen Hilfsgruppen einsehen können. Wie groß ein durch solche außerparlamentarischen Mittel verstärkter Widerstand sein kann, haben wir bei den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz und über das Gesetz gegen den Schund und Schmutz erlebt: Der Reichsschulgesetzentwurf ist nie Gesetz geworden! Geheimverhandlungen sind der Boden für eine Verästelung, wie es der päpstliche Runtius Vaccelli ist. Der preussische Kultusminister hat die Verhandlungen bis zu einem gewissen Abschluß gebracht, ein Rabinettsauschuss wird sich in der nächsten Zeit damit befassen. Das Geschäftslächte aber ist, daß der Bundtag über die Einzelheiten des Konfordats gar nicht beschließen kann; ihm wird ein Ja oder ein Nein abgefordert werden. Es ist durchaus zu befürchten, daß diese letzte Entscheidung vielleicht in eine sehr schwierige politische Zeit hineinfällt, in der das Zentrum dann den gehörigen Druck anwenden kann.

Über den Inhalt des Konfordats zu sprechen ist bei der Geheimhaltung der Verhandlungen fast unmöglich. Man wird nur vermuten können, was darin steht. Es ist zuzugeden, daß sich die katholische Kirche keinen direkten

Einfluß auf die Schulgesetzgebung und die Schulverhältnisse

sichern wird. Man wird vielleicht sogar so weit gehen, die Bestimmungen der Verfassung über die Schule im Konfordat noch einmal festzulegen. Aber gerade darin liegt die Gefahr. Während wir nämlich danach streben, die auslegungsfähigen Verfassungsbestimmungen in unserem Sinne auszunutzen und zu ändern, wird sich die Kirche auf die unänderlichen Bestimmungen des Konfordats berufen und wird ohne unseren Einfluß die Schule in ihrem Sinne formen. Vielleicht wird auch nichts über den Religionsunterricht im Konfordat stehen. Das wird die Kirche aber nicht hindern, gerade auf Grund der Konfordatsbestimmungen die Lehrer nur mit ihrer Zustimmung Religionsunterricht erteilen zu lassen. Die katholischen Lehrerausschüsse werden dann noch mehr als bisher dem Einfluß der Kirche ausgeliefert sein und eine einheitliche Lehrerausbildung wird unmöglich gemacht. Warum soll die Kirche schließlich aus dem Konfordat her nicht auch Ansprüche finanzieller Art an den Staat herleiten können? Es wäre durchaus denkbar, daß die Kirche Jahrhunderte alte Forderungen geltend macht und daß diese Forderungen abgelehnt werden müssen. Wie hoch die dabei zu zahlenden Summen werden können, kann niemand angeben, da die Kirche ja „Ansprüche auf ewig“ hat.

So können sich aus dem Konfordat Rechtsformulierungen und Rechtsverhältnisse ergeben, die nicht abzusehen sind. Wenn man das alles aber nicht will, was braucht dann das Zentrum ein Konfordat? Die Sozialdemokratie ist gegen seinen Abschluß. Wir sind auch nicht der Meinung, daß etwa die preussische Koalition dadurch gefährdet werden könnte; das Zentrum herrscht eine Mitgliedschaft in der Koalition als eine Machtposition im Staat, die es nicht einem Konfordat juste aufgeben wird. Gefährdet wird nur das Ansehen und

die Macht der Sozialdemokratie, wenn man ein Konfordat abschließt, das ebenso gut auch durch einen gewöhnlichen Staatsvertrag erlegt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

In der

Diskussion

benämigte Genosse Fritz Schmidt die unklare Stellungnahme der Partei und der Parteipresse einschließlich des „Vorwärts“ zu kulturpolitischen Fragen und zu der Gefahr des Konfordats.

Genosse Adolph Hoffmann betonte, daß die Bundtagsfraktion bisher ja von dem Inhalt der Konfordatsverhandlungen selbst nichts wisse. Die Minister schwiegen. Er bezeichnete es als eine Schande, daß die Zahl der weltlichen Schulen in Berlin noch so gering sei, und ist der Ansicht, daß ein Tauschgeschäft zwischen dem Zentrum, das Schulgesetz und Konfordat wolle, mit der Volkspartei besprochen, der eine ihr genehme Steuererhebung bewilligt würde. In Weimar sei der Fehler gemacht, die Trennung zwischen Staat und Kirche zwar auszusprechen, aber die wirtschaftliche Auseinandersetzung den Ländern zu überlassen. Die Waffe ist es, die jetzt auf kulturellem Gebiete die Führer vorwärts drängen muß.

Genosse Buchmann wies auf die Gefahren hin, die durch die religiöse Erzelenz an höheren Schulen und Lehramtsseminaren einer freiheitlichen kulturellen Entwicklung drohe. Genosse Reichel betonte, daß nach der katholischen Kirche auch die evangelische Kirche mit verstärkten Ansprüchen hervortreten wird.

Genosse Otto Reiser betonte, Ministerpräsident Genosse Brauns habe dem Runtius Vaccelli gegenüber betont, daß bei einem Konfordat die Staatshoheit in Schulfragen unter keinen Umständen abgegeben würde. Das Zentrum werde wohl nicht gewillt sein, die Dinge auf die lange Bank schieben zu lassen. Die Weltgeltung des Papstes bräute heute schon schwer auch auf die innere Politik Preußens. Wohl habe die preussische Koalitionspolitik Erfolge gehabt, aber die Zustände gegenüber dem Zentrum seien so groß, daß es schiene, als wäre die Revolution nur für das Zentrum geschehen. Er lehnte es ab, weitere Konzessionen zu machen und betonte, daß er in der Fraktion jedes Konfordat verwerfen würde.

In seinem Schlußwort erklärte Genosse Löwenstein, die Wendung des Genossen Hamburgers im Bundtag, man werde die Bestimmungen des Konfordats auf ihren Inhalt prüfen, für gefährlich, denn Staatsverträge könnten nicht auf ihre Paragraphen untersucht werden, sondern würden im ganzen angenommen oder verworfen. Einem preussischen Konfordat würde ein Konfordat auch in Hellen, Boden und zum Schutz im Reich folgen. Die katholische Kirche würde ihre Ansprüche immer mehr steigern. Man sei gegenüber dem Zentrum am Ende der möglichen Konzessionen angelangt. In Preußen läßen in allen wichtigen Kernern innerhalb der Ministerien Zentrumsmisere. Eine erfolgreiche Koalitionspolitik sei nur möglich, wenn man die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse in den Vordergrund stelle und auf sozialem Boden kämpfe. Zudem werde das Zentrum seine Machtpositionen in Preußen nicht aufgeben und sich nicht in den Schomawinkel zurückziehen. Nur wenn wir Stärke veroffen lassen, kommen Krisen. Treiben wir starke sozialistische Politik, das werden wir uns durchsetzen.

Folgende Resolution wurde sodann gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Funktionärerversammlung vom 5. März 1920 unterstützt den Beschluß des Bezirksvorstandes, den Parteivorstand zu ersuchen, einen preussischen Parteitag mit der Tagesordnung: „Das Konfordat“ einzuberufen.“

Entlarvter Familienfreit.

Die „einzige Arbeiterpartei“ zwei Mann stark.

Weimar, 5. März. (Eigenbericht.)

Der Führer der aus der KPD Thüringens ausgeschlossenen Kommunisten, Wg. Tenner, erklärte am Dienstag im Thüringischen Bundtag, daß die Fraktion der Kommunisten in Zukunft den Zusatz „Opposition“ tragen werde. Die neue Fraktion bleibe kommunistisch, stände aber in scharfer Opposition zu der derzeitigen Führung der kommunistischen Partei.

Der staatsrechtliche Abgeordnete Zimmermann erwiderte auf die Erklärung Tenners — zugleich im Namen seines einzigen Kollegen — zum Gaudium der bürgerlichen Parteien und unter dem schallenden Gelächter des ganzen Bundtages, daß sich Tenner mit seiner Erklärung auf den Boden des bürgerlichen Parlaments gestellt habe. Für die wirklichen Kommunisten, die die einzige Arbeiterpartei Deutschlands bildeten, sei das Parlament nur der formale Boden, auf dem sie die Bourgeoisie, die Reformisten und die Liquidatoren — entlarven würden.

Allg-Nachahmung, nämlich ein Schmutz- und Schundgesetz nach deutschem Bürgerkodexbild, verlangte im Innenministerium in London eine Deputation des „Rates für öffentliche Ordnung“, einer Vereinigung jüdischer Ruder und Unflutschichtschmüßler.

Bluttat eines Lehrlings.

Den Kollegen aus Reid und Eitelkeit hinterrücks niedergeschlagen.

In der Stalitzer Straße schlug der 15jährige Glasbleichlehrling Willi Brenner den 14 Jahre alten Sohn Helmut seines Lehrherrn Hermann Simosiet mit einem Beil nieder. Der Schwercrlechte, der mehrere Hiebe am Kopf davongetragen hat, wurde bewußlos in das Krankenhaus Bethanien gebracht. Er wird mit dem Leben kaum davorkommen. Der junge Täter stoh zuerst, stellte sich dann aber der Polizei. Der jugendliche Täter wurde von den Beamten der Mordkommission an den Tatort gebracht und schied hier den Hergang.

Ueber den Vorgang berichtet eine Polizei-Korrespondenz folgende Einzelheiten:

In dem Betrieb werden drei Lehrlinge beschäftigt, deren ältester Brenner ist. Der Fabrikant kümmerte sich stets um die Jungen und war darauf bedacht, daß sie etwas Nützliches lernten. Er erwiderte es denn auch, daß nach zweijähriger Lehrzeit die Jungen schon in ihrer Arbeit der Anfertigung von Glasbuchstaben so gut wie ausgebildet waren. Dem dritten Lehrling, der dies behauptet, war es ganz unverständlich, wober Brenner den wütenden Haß auf den Sohn des Fabrikbesizers hatte. Keiner wurde vorgezogen, keiner zurückgesetzt.

Brenner stammt aus einer Landwirtsfamilie

bei Torgau und erhielt von seinen Eltern allmonatlich einen Zuschuß, so daß er nicht zu hungern brauchte. Wie er selbst auslegt, ärgerte ihn am meisten, daß er als der älteste Lehrling immer noch mit dem Handwagen die fertiggelieferten Waren an die Kundschaf abfahren mußte. Seiner Meinung nach wäre das eine Arbeit für den jüngeren gewesen. Es trübte seine Eitelkeit, daß er mit dem Gefährt durch die Straßen fahren mußte, und er überlegte sich natürlich nicht, daß der 14jährige Helmut, der im ersten Lehrjahre stand, dem Trubel des Verkehrs nicht so gewachsen sein konnte wie der ältere. Schon seit geraumer Zeit trug sich Brenner mit dem Gedanken, dem Mittelehrling „ins auszuwischen“. Vor etwa drei Wochen kaufte er auf einem Nummern in

der Prenzlauer Allee einen Revolver für 5 M. und schaffte sich auch Patronen an. Vor 14 Tagen haben nun die Geleiten des Betriebes die Waffe in der Hofentasche des Lehrlings. Sie nahmen sie ihm sofort weg, verabschiedeten ihm ein paar Kopfschütteln und übergaben den Revolver dem Fabrikanten, der ihn im Geldschrank sicher verwahrte. Dort wurde er auch gefunden. Am Dienstag früh stand der Entschluß Brenners fest. Als Helmut Simosiet an dem Ramonensien stand und mit dem Schürhaken darin rührte, um die Nische durch den Koff zu treiben, schlich sich Brenner

mit dem Beil in der Hand hinterrücks an ihn heran

und traf den Jungen gleich mit dem ersten Hieb so schwer auf den Hinterkopf, daß er zusammenbrach. Dann schlug der Wütende auf den am Boden Liegenden noch mehrmals ein, bedeckte ihn mit einer großen Arbeitsschürze zu, verließ den Raum, schloß die Tür ab und ging nach der Nachschule in der Bremer Straße. Er hatte geglaubt, daß Helmut tot sei. Der Niedergeschlagene muß dann wieder zu sich gekommen und bis zur Tür gekrochen sein, wie aus einer breiten Blutspur deutlich zu sehen ist. In der Tür brach der Junge abermals zusammen. Er hätte den Raum ja auch nicht verlassen können, da Brenner abgeschlossen und den Schlüssel mitgenommen hatte. In der Schule, wo Brenner den dritten Lehrling traf, erzählte er diesem in allen Einzelheiten, was er begangen hatte. Der Lehrling legte sofort den Lehrer in Kenntnis, der ihn mit dem Totschläger nach der Reiterwache schickte.

Der junge Simosiet hat, wie im Krankenhaus festgestellt wurde, vier wichtige Hiebe erhalten, die den Schädel gespalten und an einigen Stellen das Gehirn freigelegt haben. Er hat die Operation überstanden, doch besteht noch große Lebensgefahr. Böllig gebrochen ist der unglückliche Vater. Er konnte nur mit Mühe von den Kriminalbeamten zurückgehalten werden, als er Brenner gegenüberstand. In begreiflicher Erregung wollte er sich auf ihn stürzen. Bei dem Verhör hat der jugendliche Verbrecher noch keine Spur von Reue gezeigt. Der lang aufgeschobene Bursche mag sich wohl über die Schwere seiner Tat allmählich klar geworden sein, doch ist ihm wenig anzumerken. Er wurde vorläufig in den Gewahrsam des Polizeipräsidiums gebracht.

Der Schiffszusammenstoß bei Sakrow.

Drei Monate Gefängnis für den Schiffsführer.

Wie ein Lauffeuer hatte sich am Abend des 9. September v. J. die Nachricht verbreitet, daß an der Bismarckinsel bei Sakrow zwei Dampfer zusammengestoßen wären. Der Spandauer Bergnützungsdampfer „La Paloma“ war von dem Sternadampfer „Potsdam“ an der Steuerbordseite angefahren worden. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Eine 32jährige Frau Wegner erlitt schwere Risse am Unterleib, und auch die anderen verletzten Passagiere verblieben wochenlang im Krankenhaus Schlandorf. Die Schuld an dem Zusammenstoß soll den am 28. Juni 1886 geborenen Schiffsführer der „La Paloma“ Karl Ziegler treffen, der wegen fahrlässiger Körperverletzung aus § 230, Absatz 2, vor dem Potsdamer Schöffengericht angeklagt war. In dem Prozeß erschien ein großes Zeugenangebot.

An dem betreffenden Tage kam der Angeklagte mit der „La Paloma“, die Sampsonbeleuchtung trug, mit etwa 70 Personen an Bord, von Babel. Auf 500 Meter Entfernung erblickte Ziegler die grünen Lampen der „Potsdam“. Er gab zwei linksföhlende Signale. Ohne aber die Antwort der „Potsdam“ kurz, kurz, abzumarten, fuhr der Angeklagte drauflos. Im selben Moment bohrte sich auch schon der Vordersteven in die Steuerbordseite der „La Paloma“. Die Zeugen betunden, daß der Angeklagte schon bei Berder auf der Kommandobrücke eingeknickt war. In der Potsdamer Enge ramnte er eine Zille, ein Motorboot und andere Fahrzeuge beim Ausbugieren. Einer der

Passagiere rief: „Unser Kapitän hat ja anständig einen sitzen. Wenn wir bloß erst in Spandau wären.“ Und der Schiffsjunge der „La Paloma“ machte dem Schiffsführer Vorwürfe, daß er ihm schon wieder sein Bier ausgetrunken hätte. Nach dem Zusammenstoß, bei dem eine furchtbare Panik erstand und Hunderte von Fahrgästen um Hilfe schrien, soll sich Ziegler nach Ausfragen der Zeugen um nichts gekümmert haben. Mit der Zigarette im Mund sei er hin- und hergegangen, während sich die Mannschaften der Sternadampfer um die Gölle der „La Paloma“ bemühten, da dieselbe glaubten, daß das Schiff sinken würde. Die meisten Verletzten trugen Rippenquetschungen, Blutergüsse und anderes mehr davon.

Der Sachverständige hält ein Verschulden des Angeklagten für erwiesen. Die Schiffsführer haben rechts auszuweichen. Sie können nach links ausweichen, aber dann müssen sie auf ihr Signal die Antwort erwarten. Das hat der Angeklagte nicht getan. Auch hatte die „La Paloma“ elektrische Komplimentbeleuchtung auf Deck, welche unvorschriftsmäßig angebracht war und zwar derart, daß sie die Signal- und Positionslichter zu verdecken vermochten. Das Schöffengericht, unter Vorsitz von Landgerichtsrat Hartung, erkannte auf drei Monate Gefängnis. Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Hoffentlich hat Herr Ziegler seine Rolle als Schiffsführer ausgepielt. Auf Fahrzeuge aller Art gehören nur unbedingt nützerne Leute. Dem Publikum muß in dieser Hinsicht die denkbar größte Sicherheit gegeben werden.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Übungsstunde am Donnerstag, dem 7. März, 20 Uhr, im Gesangsaal der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16/17. Kinder kommen um 19 Uhr.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhard Haackmann Mosler

Der Chordirektor Ulmer bestieg sein Podium. Er stand gerade vor der Tür, an der damals das Hirn seines Bruders drei Wochen lang geliebt hatte. Aber der Chordirektor wollte nichts von seinem Bruder wissen, er hatte alle Beziehungen zu dem Toten abgebrochen gemissermaßen, er war nie zu dem namenlosen Grab in der Selbstmörder- und Landfischerrede des Friedhofs gegangen, nein, er wußte, was seine Pflicht und seine Ehre als treuer Untertan erheischte. Er hatte für den heutigen Tag einen Massenschor zusammengebracht, einen Massenmännerchor von dreihundert Stimmen, was in einem Bändchen wie Anhalt-Bernburg gewiß nicht leicht war; freilich hatte er auch Männergesangsvereine aus Cöthen und Dessau zu Hilfe nehmen müssen — aber das tat ja nichts, wenn die Cöthener und Dessauer die Anhalt-Bernburgische Nationalhymne mitsingen, dann war das ja ihre Sache, und es war auch sehr nett von ihnen. Denn die Nationalhymne sollte natürlich zuerst gesungen werden, die Hymne mit der schönen, so leicht fahlichen Melodie und dem noch schöneren Text. Jetzt — jetzt hob Ulmer den silbernen Taktstock, die Sänger schlugen die Notenblätter raschelnd auf — wozu eigentlich? sie mußten doch längst auswendig können? aber freilich, es sah bedeutend feierlicher aus — die Kapelle gab den Ton an — es konnte kein Blatt zur Erde außer einigen Notenblättern, die aus den vor Aufregung zitternden Händen glitten, — aber das machte nichts, jetzt gings los:

„Du scheentes Land, das mich jehohoren,
Dir hab ich Treie zuieschwohoren,
Mit Stolz mach ich es laut bekant:
Anhalt-Barnborch ist mein Vaterland!
Wir machen stolz es laut bekant:
Anhalt-Barnborch unser Vaterland!“

Donnerwetter, wie laut das Klang! Es war anzunehmen, daß das gesamte Vaterland mit allen denjenigen, die aus der

Dörfern nicht hatten in die Stadt kommen können, das Lied hörte! Zwar: hochdeutsch hatte der fleißige Ulmer doch nicht in die Sänger hineintragen können, trotz unsäglicher Mühen, aber die Dessauer und Cöthener sprachen ja Galt sei dank denselben Dialekt, es Klang sehr schön einheitlich — Achtung, der schöne zweite Vers:

„Wie oft schon is dein Ruhm erklungenen,
Die Welten hat er längst durchdrungen,
Drum heiß dich in Lieb entbrannt
Is, wam dich nennt sein Vaterland!
Wir sin für dich in Lieb entbrannt,
Denn du bist unser Vaterland!“

Eine stolze Straße war doch das! Man wußte zwar nicht, wann Anhalt-Bernburgs Ruhm die Welten durchdrungen hatte, die Welten würden es ja wohl wissen, aber man war ja schließlich kein Geschichtsprofessor, jedenfalls war man doch von Lieb entbrannt, man begann die Wiederholung der Schlusstrophe schüchtern mizusingen, aber Ulmer blidte böse, und man hörte wieder auf, auch kam der letzte Vers:

„Rag Treie rings un Glaube wahrenken,
Siegst überall der Trug der Frankken,
Wir halten fest der Liebe Band,
Denn du bist unser Vaterland!“

Auch was Anhalt-Bernburg mit dem Trug der Frankken zu tun hatte — aber Achtung, jetzt kam noch ein allerletzter Vers, der war extra hinzugedichtet worden, Durchlaucht zu Ehren —

„Hiers Herrscherhaus, hiers anjestahammit,
Ich jederzeit in Blut entflahammit,
Kstanien bleiht, wir halten stand:
Anhalt-Barnborch, unser Vaterland!“

Nun ließ sich, nach einem bewundernden „Ah!“, die Volkseele nicht länger zähmen, nun stimmte alles in die Wiederholung ein — mit Freude sah man, daß viele darunter waren, die damals, auf diesem selben Platz, auch in das „Dreihunddreißig Jahre“ eingestimmt hatten, jetzt sangen sie begeistert mit:

Kstanien bleiht, wir halten stand,
Anhalt-Barnborch, unser Vaterland!

Und Ulmer durfte das Müßigen nicht mehr übernehmen, denn siehe, oben auf der Tribüne, wo Kstanien bisher recht blaß geblüht hatte, lachte jetzt der Herzog —

Giffigas im Brunnenstocht.

Wozu gibt es gewerbepolizeiliche Bestimmungen?

Ein tragischer Unglücksfall fand vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln sein Nachspiel. Er ist geradezu typisch dafür, wie unerhört leichtfertig mit dem Leben und der Gesundheit arbeitender Menschen umgegangen wird: Gewerbepolizeiliche Vorschriften werden unbeachtet gelassen. Erfolg: Ein Toter.

Im August 1928 ließ die Rindl-Brauerei einen Wasserbrunnen bauen. Mit der Ausführung war eine Berliner Firma beauftragt. Als verantwortlicher Bohrführer fungierte der 25jährige Wilhelm Drefahl. Am 30. August war man bereits bis zu einer Tiefe von 17 Metern vorgedrungen, ohne daß das Grundwasser erreicht war. Mit Hilfe verschiedener technischer Verfahren sollte etwa 50 Meter tief gebohrt werden. Da sich in derartigen Tiefen nicht unbedeutende Erdgase befinden, verlangt die Vorschrift, daß vor dem Einsteigen der Schacht abgeseucht und außerdem dem Arbeiter, der hinuntergelassen wird, eine Signalleine mitgegeben werde, die mechanisch ein Notrufsignal ausstößt, wenn der Arbeiter unzufällig. Beide Maßnahmen hatte der verantwortliche Bohrführer unterlassen. Vielmehr sollte der 25jährige Arbeiter Dief durch dauernde Kopfsignale an der asphaltierten Betonröhre betunden, daß auf dem Schachtgumbe „alles in Ordnung“ sei. Zwei Minuten lang wartete man vergeblich auf die Signale. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert. Inzwischen stieg ein Zweiter, mit Gasmaske versehen, hinauf. Er wurde bedäufert heraufgezogen. Als die Feuerwehr eintraf, war auch Dief schon als Leiche geborgen.

Gegen den Bohrführer wurde nun das Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet. In der Verhandlung wurden nur ein medizinischer und ein technischer Sachverständiger vernommen. Nach dem medizinischen Gutachten ist die Todesursache nicht mit voller Bestimmtheit festzustellen. Wahrscheinlich habe sich Kohlenäuregas auf dem Grunde des Schachtes gebildet, das sofort tödlich wirkt. Der technische Sachverständige rügte die Handlungsweise des Angeklagten, weil er die vorgeschriebenen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter unberücksichtigt gelassen habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Drefahl 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis. Ueber eine Bewährungsfrist wurde vorläufig noch kein Beschluß gefaßt.

Brandunglück in Berlin D.

Zwei Personen durch Rauchgase getötet.

In der Kleinen Markulstr. 7, im Osten Berlins, wurde gestern ein schweres Brandunglück entbekt. Dort fand man den 71jährigen Schuhmacher Franz Demonski und den gleichaltrigen Schneider Wladislaus Lemke in ihren Betten tot auf. Nach dem Befund ist der Tod durch Ersticken eingetreten.

Die beiden alten Männer bewohnten im Seitenflügel des Hauses gemeinsam eine aus Stube und Küche bestehende Kellerwohnung. In den letzten Tagen war es Hausbewohnern aufgefallen, daß sich von den alten Leuten niemand sehen ließ. Als auch gestern der Vermieter keinen Einlaß erhielt, wurde die Polizei und Feuerwehr alarmiert. Die Beamten verschafften sich gewolltem Einlaß und fanden die beiden Männer tot auf. Nach der ärztlichen Untersuchung muß der Tod bereits vor etwa 14 Tagen eingetreten sein.

Zweifelslos sind die Greise das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Der Fußboden in der Küche war über mehrere Quadratmeter angebohrt. Es wird angenommen, daß aus dem Herd glimmende Kohlestücken herausgefallen sind, die den Bodenbelag in Brand setzten; die sich hierbei entwickelnden Rauchgase führten dann den Tod der beiden Alten herbei.

Ein weiteres schweres Brandunglück ereignete sich in der Jehdenstr. 4. Beim Feueranmachen kam die 25jährige Frau Margarete Zappe den Flammen zu nahe. Die Kleider der Frau zingen Feuer und Lichterloh brennend auf

der franke, stille Herzog lachte, lachte laut, von ganzem Herzen — so freute er sich! Einige Bürger weinten, so rührend war es, daß er lachte.

Bange durfte er das aber nicht, gleich mußte er wieder ernst werden, denn die Reden begannen. Der Bürgermeister Weinwaber, dem der schütteleimende Volksmund nicht mit Unrecht eine Weinleber zuschrieb, versuchte es zuerst; was er sagte, war zwar hinten nicht zu verstehen, das war jedoch gleichgültig, Weinwaber selbst verstand es auch nicht. Jedenfalls kredenzte er nach einigem Brummeln dem Herzog einen Ehrentrunk, Durchlaucht nippten daran und gaben ihm dann dem Spender zum Weitertrinken zurück, und bei diesem Teil der Festordnung konnten die Bernburger nun wieder stolz sein auf ihren Bürgermeister. Dann aber kam der zweite Redner, der Redner eigentlich: der Advokat Dehlfte als Vertreter der Bürgerschaft.

Donner und Hagel, sprach der schwungvoll! Genau so schwungvoll, wie er vor zwei Jahren für das einige Deutschland, vor einem Jahre für die Souveränität Anhalt-Bernburgs gesprochen hatte. Er ging aus von jener meisterhaften Strophe der Nationalhymne: „Rag ringsum Treu und Glaube wanken, siegt überall der Trug der Frankken“... Ach, wie in ganz Deutschland, so habe auch in Bernburg für eine kurze Zeitspanne Treu und Glauben an das angestammte Herrscherhaus gewankt, so habe auch hier der Trug der Frankken leider, leider gesiegt — denn was sei die Phrase vom einigen Deutschland anderes als ein Trug der Frankken, vom Erbfeind als Rauschmittel erfunden, um Anhalt-Bernburg, dessen siegreiche Söhne anno 1813 Seite an Seite mit den Preußen den Korfen geschlagen hätten, raschedurstig einzuschläfern. Aber lange habe der Rausch hier in Bernburg nicht gedauert, die Bernburger seien gottlob gefeit gegen Rauschtränke (hier konnte sich mancher im Hinblick auf den Zustand des Bürgermeisters Weinwaber eines Grinsens nicht enthalten), der erkrankte Körper sei dank des Eingreifens eines guten Arztes bald wieder genesen. Und wer sei dieser gute Arzt, dem eine eden so gute Veratin als Gemahlin zur Seite stehe? Dehlfte machte hier eine Kunstpause und sprach dann das erlöbende Wort: Seine Durchlaucht Alexander Carl, Herzog von Anhalt-Bernburg und seine Gemahlin, Ihre Durchlaucht die Herzogin Friederike, königliche Hoheit — und sie leben hoch, hoch, hoch! — Braulender Beifall, und der Geduldrleiber Salomon nahm sich fest vor, bei seinem nächsten Prozeß doch lieber diesen tüchtigen Advokaten zu nehmen, als den immer besoffenen Rechtsanwält Graf.

(Fortsetzung folgt.)

Großbank Nummer 3 und 4.

Dresdner und Disconto. — Bei neuen großen Gewinnen gleiche Dividende.

Die Reichscredit A.-G. und die Berliner Handels-Gesellschaft haben ihre Abschlüsse für 1928 schon veröffentlicht. Sie sind Banken ohne jedes Filialsystem mit speziellen Aufgaben oder einem bestimmten, weniger der Zahl als der Kapitalkraft nach bedeutenden, aber relativ engen Kundenkreis. Vier Wochen später folgen jetzt die sogenannten D-Banken mit ihren Abschlüssen, zunächst die Dresdner Bank und die Disconto-Gesellschaft, bei denen infolge ihres tiefen Filialnetzes im ganzen Reich und ihren großen Beteiligungen an anderen Banken die Bilanzarbeiten naturgemäß viel länger dauern. Erfreulich aber im ganzen ist die Tatsache, daß durch die zunehmende Publizität im deutschen Bank- und Kreditwesen, besonders infolge der jetzt monatlich veröffentlichten Zwischenbilanzen, die Großbankabschlüsse heute früher als ehedem bekannt werden und auch für die Beurteilung der Wirtschaftslage besser ausgenutzt werden können.

Ueberraschend starke Ausdehnung der Geschäfte.

Man war in Unternehmerrreisen bemüht — und auch die Bankorganisationen haben ihr rechtlich Teil dazu beigetragen —, teilweise aus politischen Gründen das vergangene Wirtschaftsjahr nach Strich und Faden schön zu machen. Seitdem im gesamtwirtschaftlichen Interesse, um die auf Jahre hinaus noch notwendige Stärkung der inneren Kaufkraft Deutschlands zu fördern, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sich verschärfen mußte, ist die bebauerliche und schlechte Lage der Schwarzmalerei besonders beliebt. Die Entwicklung des letztjährigen Bankgeschäftes beweist, daß zu dieser Schwarzmalerei im ganzen für das Jahr 1928 nicht der geringste Anlaß vorlag.

Daß mit der Dresdner Bank die Geldverwaltung der mittelständlichen Schulde-Deutschen Genossenschaften verbunden ist, macht die Kreditentwicklung der Dresdner Bank für die Beurteilung der wirtschaftlichen Dinge nicht weniger wertvoll. Bei der Dresdner Bank sind die fremden Gelder gegenüber Ende 1927 von 1644 auf 2112 oder um fast 25 Proz. gestiegen. Dabei haben sich die eigentlichen Depositionen von 1320 auf 1505 Millionen Mark erhöht. Relativ der größte Teil dieser Zunahme der fremden Gelder wurde in neu gewährten Krediten der Wirtschaft wieder zugeführt. Zwar wurden zum Jahreschluß die flüssigen Mittel, auch im Zusammenhang mit der gegen Jahresende rückgängigen Konjunktur, nicht unerheblich vermindert. Aber zu demselben Jahreschluß erschienen die Wechselbestände — die neuen Reichsschuldenwechsel waren noch nicht ausgegeben — mit 507 Millionen gegen das Vorjahr um fast 25 Proz. erhöht. Die Vorkäufe auf lagernde und schwimmende Waren, besonders für Exportkredite, sind um nicht weniger als etwa 80 Proz. auf 379 Millionen Mark gestiegen, und die Schuldner in laufender Rechnung, das heißt das laufende Kreditgeschäft, sind von 804 auf 869 Millionen Mark gestiegen; das ist trotz der in den letzten Monaten abflutenden Konjunktur gegen das glänzende Vorjahr immer noch ein Mehr von über 7 Proz. Dieser starken Vermehrung der Wirtschaftskredite gegenüber bedeutet es nicht viel, wenn dem an sich nicht günstigen Börsengeschäft neue 28 Millionen gegen das Vorjahr zusetzen, so daß die Börsen- und Lombardkredite von 86 auf 114 Millionen erhöht wurden.

Am auffallendsten bei dieser starken Ausweitung der Geschäfte ist die Vermehrung der Vorkäufe auf lagernde und schwimmende Waren um nicht weniger als 80 Proz., eine Erscheinung, die bei allen Großbanken wiederkehren dürfte. Diese Erscheinung ist charakteristisch für das ganze Wirtschaftsjahr 1928, das ohne Senkung der innerdeutschen Umsätze eine Milliarde mehr Exporte gebracht und damit den Banken nicht nur größere, sondern auch gewinnreichere Geschäftsmöglichkeiten gehalten hat. Es ist dankenswert, daß die Dresdner Bank diese vermehrten Warenkredite aufgliedert: auf Lebensmittel und Kolonialwaren entfielen 36 Proz., auf Textilien 38 Proz., auf Rohwaren 12 Proz. und auf sonstige Waren rund 14 Proz.

In dem Konzern der Disconto-Gesellschaft — vollbeherrscht sind der A. Schoaffhausensche Bankverein in Köln und die Norddeutsche Bank in Hamburg, fast vollbeherrscht die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft in Mannheim — zeigt sich eine ganz ähnliche Entwicklung. Die fremden Gelder sind (immer bei Disconto Berlin allein) von 1139 auf 1437 Millionen gestiegen oder um rund 30 Proz. Der größte Teil der neuen fremden Mittel kam auch hier neuen Wirtschaftskrediten zugute. Die Wechselbestände (einschließlich 30 Millionen Schahamweisungen) erhöht sich von 322 auf 437 Millionen oder um fast 50 Proz., die Vorkäufe auf lagernde und schwimmende Waren stiegen von 132 auf 228 Millionen oder um mehr als 70 Proz., und selbst trotz der rückgängigen Konjunktur zum Jahreschluß erschienen am Jahresende die Schuldner in laufender Rechnung bei der Disconto-Gesellschaft noch von 825 auf 864 Millionen erhöht. Auf der anderen Seite hat die schlechte Börse es nicht verhindert, daß auf Börsenkredite und Lombardkredite mit rund 103 Millionen rund 33 Millionen Mark mehr entfallen als im Vorjahr.

Auch hier ist die kräftigste Kreditausdehnung für die Finanzierung des Exportgeschäftes erfolgt. Die Disconto-Gesellschaft hat aber, von jeher etwas konservativer als die anderen Großbanken, den Schritt zu größerer Publizität mit der Bekanntgabe der Kredite im einzelnen nicht getan.

Sorgfältig verdeckte Mehrgewinne.

Es gibt natürlich verschiedene Gründe, weshalb im ganzen genommen die Gewinne bei den Großbanken im Jahre 1928 weniger stark gestiegen sind als die Ausdehnung der Geschäfte. Einmal ist das Börsengeschäft, insbesondere auch der Verkauf von Wertpapieren, während der Konjunktur naturgemäß, nach ihrem Abflauen überraschenderweise, schlecht gewesen. Dann ist darauf hingewiesen worden, daß sich die Gewinnmöglichkeiten, besonders im zweiten Halbjahr, dadurch etwas verringert haben, daß sehr viele Gelder auf längere Fristen, das heißt selbstredend mit höheren Zinsen, festgelegt wurden, als die Konjunktur zurückging und die Börse zugleich nicht besser wurde. Nichtsdestoweniger hat es der ganzen Kunst der Bankleiter bedurft, möglichst unauffällig neue große Gewinne zu verdecken, um die erheblich vermehrten Gewinne nicht allzu deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Das war um so schwieriger, als es aus teilweise nicht unpolitischen

Gründen sicher war, daß die Banken ihre Dividenden für das vergangene Jahr nicht erhöhen wollen. Man muß also die Gewinnlücken, die in den Gewinnrechnungen erscheinen, vornehmlich als bewußt auf die Dividende zugeschnitten betrachten.

Die Dresdner Bank zeigt mit 78,3 gegen 76,6 Millionen immerhin etwas erhöhte Rohgewinne. Sie tut das wahrscheinlich, weil die Handlungskosten um rund 1,4 auf 58 Millionen und die ausgewiesenen Steuern um 0,04 auf 7,53 Millionen gestiegen sind. Sie tut das, damit sie mit 13,04 Millionen gegenüber 13,1 Millionen bei der nicht zu verändernden Dividende von 10 Proz. auf das Kapital von 100 Millionen Mark nach Möglichkeit ziemlich genau den gleichen Reingewinn ausweisen kann. Die Reserven werden um 2 auf 34 Millionen Mark bei der Dresdner Bank erhöht. Bemerkenswert ist, daß das um 100 Beamte auf 8370 Personen verringerte Personal einen von 185 auf 225,3 Milliarden gestiegenen Umsatz bewältigt hatte.

Die Disconto-Gesellschaft weist einen nur von 114 auf 121 Milliarden erhöhten Umsatz auf. Ihre Gesamteinnahmen sind um 1,2 mit 71,25 Millionen etwas höher ausgewiesen und nach Abzug der um eine Kleinigkeit auf 47,83 Millionen gestiegenen Verwaltungskosten und der um 0,8 auf 8 Millionen erhöhten Steuern errechnet die Disconto-Gesellschaft ebenfalls mit einer Differenz von 2000 M. und in einem Betrage von 15,38 Millionen genau denselben Reingewinn wie im Vorjahr. Aus diesem Reingewinn führt sie den offenen Reserven 1 Million zu, so daß diese insgesamt jetzt 52 Millionen Mark bei einem Kapital von 135 Millionen betragen.

Bei beiden Banken sind aber außerordentlich starke stille Reserven gebildet worden. Die Banken sind heute der Meinung, daß Selbstfinanzierung durch Kurzhaltung der Aktionäre und die möglichst starke Bildung von stillen Reserven die richtige Politik seien. Mögen sie; bloß wird man sie zur rechten Zeit daran erinnern müssen, — das gilt sowohl für den Staat bei Steuererhöhungen als auch für das Personal bei notwendigen Gehaltsverbesserungen — daß die ausgewiesenen Gewinne eben mit den tatsächlich erzielten Gewinnen nur sehr wenig zu tun haben.

Politik in den Bankberichten.

Natürlich verzichtet weder die Dresdner noch die Disconto darauf, nach schlechter deutscher Unternehmerrichte möglichst gründlich zu klagen und auch möglichst gründlich zu schimpfen, wo auch für andere Leiden etwas abgeführt werden soll. Dem Zuge der Zeit entsprechend, deshalb nicht weniger falsch, spricht die Dresdner Bank von einem System des sogenannten Wohlfahrtsstaates in Deutschland, um sowohl der Sozialpolitik als auch der Steuerpolitik ein auszumischen. Selbstverständlich geht es auch gegen die „steuerliche Bevorzugung“ der öffentlichen Betriebe mit dem Ziel, sich unter Berufung auf die deutsche Finanznot auf Kosten der öffentlichen Betriebe auszudehnen. (Mit der neuen Konkurrenz gegen die Sportstätten scheint übrigens recht wenig aufgefressen zu werden.) Die Disconto-Gesellschaft stellt fest, daß die Wirtschaft in verstärktem Maße durch die politische Beeinflussung der Arbeitsbedingungen und durch die Konkurrenz der öffentlichen Hand geschädigt worden sei. Wir sind der Meinung, daß eine solche Sprache kaum ehrlich ist, wenn man, wie die Großbanken, so gut verdient.

Große Hypothekendarlehen.

Preussische Central-Bodenkredit-A.G. 10 statt 9 Proz. Dividende.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft ist eine der wichtigsten und ältesten deutschen Hypothekendarlehenbanken, besonders für die Landwirtschaft. Sie hat im 58. Jahr ihres Bestehens, im fünften Jahr des Wiederaufbaues nach der Inflation, einen großen Schritt vorwärts gemacht. Ihre Hypothekendarlehen wurden gegen 1927 von 213 auf 304 Millionen, ihre Kommunaldarlehen von 83,13 auf 101,83 Millionen vermehrt. Entsprechend sind der Pfandbriefumsatz von 205,94 auf 301,19 Millionen und der Umsatz von Kommunalobligationen von 80,41 auf 100,01 Millionen gestiegen. Werdings sind dabei die neu ausgegebenen Liquidationsgoldpfandbriefe im Betrage von rund 65 Millionen zu berücksichtigen, die einen Anhaltspunkt dafür geben, daß die neue Hypothekendarlehensgewährung doch etwas vorsichtiger gehandhabt worden ist als früher.

Der Geschäftsbericht läßt auch erkennen, daß die rückgängigen landwirtschaftlichen Güterpreise zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Gewährung landwirtschaftlicher Hypotheken geführt haben. Die Preussische Centralboden ist mit Recht bemüht, die alten Roggenhypotheken nach Möglichkeit zu liquidieren. Ihr Bestand ist im letzten Jahr um 113 000 auf 177 000 Zentner zurückgegangen, gegenüber einem ehemaligen Höchstbestand von 1,17 Millionen Zentner Roggen. Im holländischen Hypothekengeschäft scheint die Preussische Centralboden stärker tätig geworden zu sein. In 390 Klein-, Mittel- und Großstädten wurde auch der Neuwohnungsbaue im Jahre 1928 mit einem Betrage von 41,74 Millionen gefördert. Die Liquidation der Papiermarktpfandbriefe hat zu einer Ausschüttung von 18 Proz. des Goldwertes der Pfandbriefe an die betreffenden Pfandbriefgläubiger bereits geführt.

Die Preussische Centralboden hat viel verdient, wie es überhaupt das Hypothekendarlehensgeschäft zu kennzeichnen scheint, daß die Gewinne außerordentlich schnell wachsen. Das erklärt sich gewiß zum Teil aus dem vorläufig sich noch unmaßstäblich schnell aufbauenden Neuwohnungs- und Pfandbriefgeschäft; aber es wäre an der Zeit, daß sich hier auch die Staatskommissare darum kümmern, ob der Realcredit nicht dadurch etwas gefährdet werden könnte, daß die Hypothekendarlehen bei ihren Gewinnen etwas kürzer gehalten werden. Billigere Realcredite sind wichtiger als eine Kapitalbildung durch große Gewinne, weil an der rechten Stelle die Kosten gesenkt und Umwege mit unnötigen neuen Kosten erspart werden. Die Preussische Centralboden zeigt von 23,78 auf 32,56 Millionen gestiegene Bruttoeinnahmen und einen von 2,17 auf 2,42 Millionen erhöhten Reingewinn, aus dem auf das 18,2-Millionen-Kapital eine von 9 auf 10 Proz. gesteigerte Dividende verteilt wird.

Sehr groß sind die offenen und die stillen Reserven. Mit den neu zugeführten Beträgen und dem Pensionsfonds betragen die offenen Reserven heute 32,21 Proz. des Aktienkapitals, und wenn man näher zuseht, dürften unter dem Posten Kreditoren mindestens 10 bis 12 Millionen stille und verdeckte Gewinne liegen. Das sind weitere 60 bis 70 Prozent des Aktienkapitals, die in den letzten Jahren zusätzlich verdient worden sind. Wenn man das berücksichtigt, sollte es sich die Preussische Centralboden verlegen, über die 0,88 auf 1,84 Millionen erhöhten Steuern zu klagen, um so mehr, als sie selbst feststellen muß, daß nicht neue Steuern, sondern die Kapitalverdoppelung, die Reserverhöhung und die Gewinnsteigerung die Ursachen der vergrößerten Steuerlast sind.

Die Preussische Centralboden könnte aber auch noch einen anderen Schönheitsfehler berücksichtigen. Die Preussische Centralboden ist nicht nur ein wichtiges, sondern ein feudales Institut. Die größten Bankmagnaten sind in ihrem Aufsichtsrat, daneben eine Anzahl gräflicher und freiherrlicher Rittergutsbesitzer sowie Majoratsbesitzer, Herr Luther, der ehemalige Reichskanzler, der Ruhrkönig Thyssen, und nicht zuletzt „Fürst Otto von Bismarck, Durchlaucht, Friedehlsruh“. Wir wagen nicht zu beurteilen, ob so große Kanonen, die sicher sehr wenig Zeit haben, als Aufsichtsrat gerade das Beste sind, was man finden kann. Aber vielleicht könnte die Preussische Centralboden den beiden republikanischen Staatskommissaren Preußens eine Freude machen, wenn sie wenigstens statt des Bildes des verstorbenen Kaisers Wilhelm II. das Bild des republikanischen Reichspräsidenten Hindenburg (vielleicht in Zivil?) den Sitzungen des Aufsichtsrates beimohnen lassen würde. Eine beschreibende Anregung!

Hüttenwert Niederschöneweide.

Weitere Dividendensteigerung von 8 auf 10 Prozent.

Das Hüttenwert Niederschöneweide, ein altes Berliner Metallwerk, hat nach der Stabilisierung zwei schlechte Jahre gehabt. Aber seit der Sanierung im Jahre 1925 ging es mit dem Unternehmen wieder schnell bergauf. Schon 1926 setzte es mit der Dividendenzahlung in Höhe von 6 Proz. wieder ein, erhöhte im folgenden Jahr die Aktionärsdividende auf 8 Proz. und nach dem gestrigen Aufsichtsratsbeschluss wird die Dividende für das sehr gute Metalljahr 1928 weiterhin auf 10 Proz. hinaufgeschraubt.

Der Geschäftsbericht liegt noch nicht vor, doch dürften die Umsätze, die von 1924 bis 1927 schon um das Vierfache gestiegen waren, sich im letzten Jahre beträchtlich erhöht haben. Durch den Nationalisierungs-Zusammenbruch mit den Orianenburger Hüttenwerken Wilhelm Kaiser, die dem Metallkonzern Hirsch-Kupfer nahe stehen, haben sich die Gewinnaussichten des Unternehmens noch verbessert.

Wiederaufbau in Oberschlesien.

Verdoppelter Reingewinn des ostdeutschen Stahlwerks.

Die Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G. in Gleiwitz, der Stahltrakt Deutsch-Oberschlesiens, hat seinen Wiederaufbau, der 1926 mit Hilfe preussischer Millionenubventionen eingeleitet wurde, im letzten Jahre kräftig fortgesetzt. Bei einer Umsatzerhöhung von 97,7 auf mehr als 104 Millionen erhöhten sich die Rohgewinne um mehr als 26 Proz. auf 7,2 Millionen Mark. Trotz mehr als verdreifachter Zinsleistungen und um 33 Proz. heraufgesetzter Abschreibungen in Höhe von 4,5 Millionen verbleibt noch ein Reingewinn von 0,56 Millionen Mark. Eine Dividende wird auch hier für dieses Betriebsjahr nicht gezahlt, da das Unternehmen für die ersten fünf Jahre seines Wiederaufbaus, also bis 1930, die Zinsen für die Kredite der Preussischen Staatsbank gestundet erhielt und eine Dividendenzahlung erst nach Aufnahme der Zinszahlung beginnen darf.

Trotz der gestiegenen Produktionsleistungen in den Zechen, Rotereien und den Walzwerken, die im Durchschnitt fast 7 Proz. betragen, ist die Gesamtergebnisse um 4 Proz. auf 16 672 Mann zurückgegangen, ein Zeichen, daß auch die oberschlesischen Kumpels und Hüttenarbeiter ihre Arbeitsleistungen bedeutend gesteigert haben. In weiterer Durchführung des Nationalisierungsprogramms wurden 9,3 Millionen neu in die Anlagen gesteckt, davon allein fast 7 Millionen in die Hüttenwerke. Ein Teil dieser Kosten wurde allerdings mit Bankkrediten bezahlt, die von 3,9 auf 8,5 Millionen zunahm.

Großfusion in der Papierindustrie.

Zwei führende deutsche Zellstoff- und Papierkonzerne, die Feldmühle A.-G. in Stettin und die Reichsholzgruppe in Düsseldorf haben die nötige Verschmelzung ihrer beiden Unternehmungen beschlossen. Die übernehmende Gesellschaft ist Feldmühle, die zu diesem Zweck ihr Aktienkapital von 16,5 auf 26 Millionen heraufsetzt.

Britenverteuerung besprochen.

Eine Nachricht aus Halle, die wir wiedergaben, sprach von einer Verteuerung der Britetts um 2 bis 3 Mark die Tonne. Wie der Telegraphen-Union vom Mitteldeutschen Braunkohleninstitut auf Anfrage mitgeteilt wird, ist die Regelung unzutreffend. Es wird lediglich von einzelnen Werken im obersten Randschlag dort, wo die Kohlen direkt von der Grube abgefahren werden, der übliche geringfügige Schneezuschlag erhoben. Hoffentlich stimmt's!

„Hapag“ aufträge für Werften.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat jetzt zur ergebnisreichen Durchführung ihres Neubauprogramms acht Dampfer den deutschen Werften in Bau gegeben. Die Deutsche Werft und Blohm u. Rosch in Hamburg haben je zwei Dampfer in Auftrag erhalten, während der Bremer Vulkan, die Germania-Werft und Howaldt-Werke in Kiel sowie die Flensburger Schiffbau A.-G. je einen Dampfer zum Bau erhielten. Die Kosten für das gesamte Neuwohnungsprogramm bei der Hapag dürften etwa 50 bis 60 Millionen betragen.

Trockenlände im Kaiserland. Nach einer Sonderermittlung betragen die Abgaben der zum Deutschen Reichsholzrat gehörenden Werke im Februar 1,44 Doppelzentner Reinfüll gegen 2 Mill. Doppelzentner im Februar 1928. Da die Frostperiode im Laufe des Februar ihren Höhepunkt erreichte, sind für den scharfen Rückgang des Rohablasses im Berichtsmonat die Rückwirkungen und nicht konjunkturelle Einflüsse maßgebend gewesen. Die Abgaben in den ersten zehn Monaten des laufenden Düngejahres (Mai bis Mai) betragen 10,91 gegen 10,60 Millionen Doppelzentner im Vorjahr. In den beiden ersten Monaten 1929 ging der Rohablass gegenüber dem Januar und Februar 1928 von 4,1 auf 3 Mill. Doppelzentner zurück.

Die Einfuhr amerikanischer Gerste. Der Reichsernährungsminister hat die Geltungsdauer des Einfuhrverbots für amerikanische Gerste bis zum 31. Mai 1929 verlängert.

Aufspringen der Hände

und des Gesichtes, schmerzhaftes Brennen, sowie Rötte und Juckreiz der Haut werden beruhigt und ausgeheilt durch die wunderbar wirksamen, reizmildernden **Cremes Leodor**. Gleichzeitige herrlich kühlende tonische Unterlage für Haut. Jede 60 G. und 1 Dtl. erhältlich in allen Apotheken-Verkaufsstellen. Probehefte gratis bei Einlieferung dieses Inserates durch Postkarte. Dresden-K. 8 Gr. 143



Das Gesundheitswasser!

Fachlager Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 5366/67

Für die Arbeitslosen.

Erhöhte Ausgaben des Reichs.

Die Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung war durch die Missernte der Wintersemester geworden. Eine Entlastung der Reichsanstalt war dringend notwendig. Diese Entlastung macht sich, wie erfreulicherweise festgestellt werden kann, durch die Schaffung der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit und der Reform der Krisenunterstützung bereits jetzt bemerkbar.

Zurzeit gibt es, genau betrachtet, vier verschiedene Einrichtungen für Arbeitslosenunterstützung: die Arbeitslosenversicherung, die Sonderfürsorge für berufstätige Arbeitslosigkeit, die Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsunterstützung. In der Arbeitslosenversicherung werden gegenwärtig 1 1/2 Millionen Menschen unterstützt, die hauptsächlich als konjunkturelle Arbeitslose anzusprechen sind. In der Sonderfürsorge werden 1/2 Millionen Menschen unterstützt, und zwar überwiegend Bauarbeiter und Landarbeiter sowie ungelernete Arbeiter, also winterlich berufstätige Arbeitslose. In der Krisenunterstützung werden zurzeit rund 155 000 Personen versorgt. Es handelt sich hier überwiegend um Arbeitnehmer, die aus konjunkturellen oder strukturellen Gründen arbeitslos geworden sind. Die Wohlfahrtsunterstützung sind Arbeitslose, die nach Aussteuerung aus einer der vorgenannten Unterstützungseinrichtungen von den Städten in die öffentliche Wohlfahrtspflege übernommen werden. Es sind in der Hauptsache Personen, die aus strukturellen Gründen bereits sehr lange arbeitslos sind, sowie Personen, die nur beschränkt arbeitsfähig sind und deren Unterbringungsmöglichkeit dadurch sehr erschwert ist. Innerhalb dieser Unterstützungseinrichtungen sind ihrer ziffermäßigen Beanspruchung hat sich nun in den letzten Wochen eine nicht unerhebliche Veränderung vollzogen, die sich auch in den nächsten Wochen fortsetzen wird.

Die Sonderfürsorge wird seit Ende Januar immer stärker in Anspruch genommen. Da die Kosten der Sonderfürsorge zu vier Fünfteln vom Reich und nur zu einem Fünftel von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung getragen werden, so bedeutet die stärkere Inanspruchnahme der Sonderfürsorge für die Reichsanstalt eine finanzielle Entlastung, die nicht zu unterschätzen ist.

Zwischen der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtspflege wird sich in den nächsten Wochen eine ähnliche Verschiebung der Last vollziehen. Infolge des Erlasses des Reichsarbeitsministeriums zur Krisenunterstützung — er läßt leider noch viel zu wünschen übrig — vollzieht sich in diesen Tagen ein starker Zugang zur Krisenunterstützung, da die Berufsgruppen, die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, erhebliche Aussteuerungen erfahren haben und

auf der anderen Seite Aussteuerungen aus der Krisenunterstützung zunächst bis Mai nicht mehr vorgenommen werden dürfen. Dadurch wird Wohlfahrtspflege entlastet. Ein großer Teil der Wohlfahrtsarbeitslosen kommt wieder in die Krisenunterstützung. Das bedeutet eine recht fühlbare Erleichterung für die Gemeinden, die unter der Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben.

Kommunistische Reden.

Sowjetrussische Taten.

Die Berliner Kommunisten wollen am Mittwoch einen großen Arbeitslosenrummel veranstalten. Das „Recht auf die Straße“ soll wieder erobert werden. Nach dem Irrsinn der Einheitsfront mit den Unorganisierten eine neue Parole, um die Bantelmützen bei der Stange zu halten.

Erst vor kurzem hat sich der Reichstag mit den sozialdemokratischen Anträgen auf Verbesserung des Arbeitslosenrechtes beschäftigt. Dank der Initiative der Sozialdemokratie ist es gelungen, wenigstens zunächst bis zum Mai den langfristigen Arbeitslosen die Krisenunterstützung zu sichern.

Was die Arbeitslosen zurzeit an Unterstützung und Schutz haben, verdanken sie lediglich den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, nicht aber den kommunistischen Großmäulern. Wenn die Kommunisten in der Arbeitslosenfrage etwas Besseres leisten könnten — nun in Rostow hätten sie längst Gelegenheit dazu gehabt. Wie es dort in der Arbeitslosenfrage in Wirklichkeit aussieht, das geht überaus anschaulich aus einem Flugblatt der Trozkisten hervor, das im Dezember bei der Kampagne zu den Tarifverträgen in den Betrieben verbreitet und dieser Tage vom „Roten Front“, dem Reichsorgan des Lenin-Bundes, im Wortlaut wiedergegeben worden ist. In diesem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Die geringfügige Hilfe, die das staatliche Budget den Arbeitslosen erweist, wird immer mehr beschnitten: im Jahre 1926/27 wurden zu diesem Zweck 8 Millionen Rubel verbraucht, im Jahre 1928 bis 1929 wurden dafür 7,20 Millionen Rubel angewiesen, d. h. bei einem bedeutenden Steigen der Zahl der Arbeitslosen ist die bewilligte Summe im Verhältnis sogar zu 1926/27 kleiner geworden. Leisten muß den Unterhalt für den erwerbsfähigen Arbeiter der arbeitende Teil der Familie tragen, und das Budget des Arbeiters, das auch ohnedies sehr in Anspruch genommen wird, wird immer schmaler.“

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Der englische Arbeitsminister in Genf.

Die Durchführung des Abkommens von Washington.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts tritt, nachdem der Direktor Albert Thomas von seiner Ostasienreise zurückgekehrt ist, am 11. März in Genf zusammen. Der Direktor wird der Tagung einen Bericht über seine Ostasienreise vorlegen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Thomas' Reise in weitem Maße dazu beigetragen hat, den Weltcharakter der Internationalen Arbeitsorganisation hervorzubringen.

Auf der Verwaltungsratsstagung wird auch das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag wieder eine Rolle spielen. Der englische Arbeitsminister Steel-Maitland kommt selbst nach Genf. Auf Drängen der Labour-Party wird der Minister seine Forderungen zum Washingtoner Abkommen genau präzisieren. Die Haltung der englischen Regierung ist jetzt — vermutlich unter dem Druck des Wahlkampfes — gegenüber dem Washingtoner Abkommen wieder etwas entgegenkommender. England will, wie verlautet, einer Verbesserung des Abkommens durchaus keine Schwierigkeiten bereiten, sondern nur in der Frage der Durchführung und Auslegung restlose Klarheit haben. Es will vor allem Sicherungen für eine einheitliche Durchführung in allen in Betracht kommenden Ländern.

Klempner gegen Blechschmiede der SPD.

Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen.

Einen bösen Reizfall erlebte die sogenannte „Opposition“ in der letzten Branchenversammlung der organisierten Berliner Klempner im „Rosenthaler Hof“. Schon der einseitige Vortrag des Genossen Bach über Internationale Sozialpolitik, wobei der Referent Sowjetrussland gerade nicht als das Musterland hinstellte, rief den kommunistischen Fraktionsrechner auf den Plan, der natürlich seinen Arbeitgeber über den grünen Klee lobte. Der Referent brauchte nicht viel Mühe aufzuwenden, um in seinem Schlusswort nachzuweisen, wie wenig selbst Tomski, der die Dinge zweifellos etwas besser beurteilen kann als ein deutscher Kommunist,

von den sozialpolitischen Einrichtungen und Maßnahmen der Sowjetregierung hält.

Nachdem sich der Stalinist diese noch verhältnismäßig gelinde Abfuhr geholt hatte, blamierte er sich gleich darauf etwas gründlicher. Er verteidigte zunächst die — demokratischen Grundzüge der Organisation im Interesse seiner auf die Diktatur eingeschworenen Anhänger, um schließlich eine Resolution zur Annahme zu empfehlen, in der gegen die Abwehrmaßnahmen der Verbandsinstanzen gegenüber den Gewerkschaftsschülern protestiert und die Zurücknahme der Maßnahmen gegen die „harmlose“ Opposition gefordert wurde. Die Versammlung lehnte jedoch mit großer Mehrheit die Resolution aus der Kleinen Alexanderstraße ab und nahm dafür folgende Entschließung an:

„Die SPD hat in ihren Parteiarbeiter-Konferenzen im Januar und Februar d. J. Beschlüsse gefaßt, wonach kommunistische Gewerkschaftsmittelglieder nicht die Satzungen und Beschlüsse der Gewerkschaften, sondern die der SPD durchzuführen haben. Gleichzeitig sollen bei den Betriebsrätewahlen nicht die Gewerkschaftsentscheidungen maßgebend sein, sondern die Beschlüsse der SPD erfüllt werden. Die Versammlung der Klempner des Deutschen Metallarbeiterverbandes sieht in dieser Annahme der SPD einen Eingriff in die Statuten und Rechte des Verbandes und der Gewerkschaften. Sie spricht aus, daß für sie nur die Gewerkschaftsentscheidungen maßgebend sind und daß sie jede gewerkschaftsfeindliche Handlung aufs schärfste bekämpfen.“

Die Versammlung beschäftigte sich dann noch eingehend mit den von Jahr zu Jahr schlechter werdenden Beschäftigungsmöglichkeiten im Klempnerberuf und gestalte ganz besonders scharf die unerhörte und verantwortungslose Lehrlingszuzüchterei in diesem Gewerbe. Zu dieser wichtigen Frage wurde ebenfalls eine Entschließung angenommen, in der die traurige Lage im Klempnergewerbe aufgezeigt wird und vor dem Zuzug auswärtiger Klempner nach Berlin und dem Erlernen des Klempnerhandwerks gewarnt wird.

Gehaltsbewegung in der Berliner Metallindustrie.

Eine überfüllte Mitgliederversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Fachgruppe Metallindustrie, beschäftigte sich am 1. März im Großen Saal des „Nordischen Hofs“ mit den bevorstehenden Gehaltsverhandlungen in der Berliner Metallindustrie. Kollege Günther führte aus, daß es sich nicht darum handele, für die durch den September-

schiedsprud neugeschaffenen Dienstalterszulagen in den Gruppen 2, 3 und 4 neue Gehaltsstufen einzufügen, sondern daß der Kampf vor allem eine allgemeine Erhöhung des Gehaltsniveaus zum Ziele haben müsse.

Die Gehaltsfrage der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Berliner Metallindustrie seien nachweisbar in ihrer Entwicklung weit hinter anderen Gruppen zurückgeblieben und ständen in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Günther wendete sich gegen die neuerdings wieder von den Unternehmern aufgestellte Behauptung, daß die Konjunkturverschlechterung auf die sogenannte politische Lohnentwicklung zurückzuführen sei. Er untersuchte kritisch die Preisentwicklung für eine Reihe von Produkten der Berliner Metallindustrie und kam zu dem Schluss, daß, wenn wirklich eine Abschwächung für das Jahr 1929 zu erwarten sei, dies in erster Linie auf die verheerliche Preispolitik der Unternehmer und die dadurch hervorgerufene Verminderung der Kaufkraft der breiten Masse zurückzuführen sei.

Das KfL-Metalltarif wird in den nächsten Tagen zusammengetreten, um über die Höhe der Forderungen, die dem Verband Berliner Metallindustrieller zu unterbreiten sind, Beschluß zu fassen.

versicherungsangestellte.

Die Reichtarifkommission des Zentralverbandes der Angestellten hat auf Vorschlag der örtlichen Fachgruppen beschlossen, den mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen am 29. Februar 1928 abgeschlossenen Gehaltstarifvertrag am 31. März 1929 zu kündigen. Die Kündigung ist vom JdL ausgesprochen worden. Auch die anderen Tarifvertragsverbände auf Angestelltenseite haben den Gehaltstarifvertrag gekündigt.

Lohnvereinbarung bei den Reichselektrowerken

In dem Lohnkonflikt des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer und des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit den Reichselektrowerken über die Löhne der Arbeiter in den Großkraftwerken Golpa, Fischornemühl, Trattendorf und Bauta kam unter Vermittlung des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Schlichters Bauer eine neue Lohnvereinbarung zustande. Der Lohn beträgt nunmehr ausschließlich der sozialen Zulagen und des Kohlendepots für die gelehrten Arbeiter und Maschinisten und Heizer 90 Pfennige, für die angelernten Arbeiter 90 Pfennige und für die ungelerneten Arbeiter 84 Pfennige je Stunde.

Die Belegschaften der drei Großkraftwerke nahmen in einer Abstimmung die Vereinbarung mit absoluter Mehrheit an.

Die Reorganisierung des englischen Bergbaus.

London, 5. März. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des britischen Bergarbeiterverbandes gab dem englischen Ministerpräsidenten am Dienstag eine ausführliche Darstellung der Lage im Bergbau. Er forderte eine Zusammenlegung der Bergbaubetriebe, die Wiedereinführung des Siebenstundentages und eine Pensionierung der Bergarbeiter vom 60. Lebensjahre an. Außerdem wurde auf die ungeheure Arbeitslosigkeit im Bergbau hingewiesen und verlangt, daß der Staat die Gewinnung der Beiprodukte in die Hand nimmt.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten waren völlig unbefriedigend und nichtsagend. Die Bergarbeiter stellten am Schluß der fast dreistündigen Unterredung ihre Enttäuschung fest.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 14. Uhr, laden die Gruppen: Baumhauerwerk; Gruppenheim, Jugendheim Baumhauerweg, Genfstr. 16, Heimbesprechung, Kontrolle der Verbandstätigkeit und Heimarbeit. — Bauwesen: Gruppenheim, Jugendheim, Heidenstr. 24-26, Heimbesprechung, Verbandshilfskontrollen. — Bekleidungs-Gewerkschaften: Berliner, Poststr. 20, Heimbesprechung, Heimarbeit und Verbandstätigkeit mitbringen. — Eisen-Gewerkschaften: Gruppenheim, Licht, Jugendheim, Juddstr. 11 (Hauptgebäude), Heimbesprechung, Lichtübertragung. — Der Spreewald im Südwest, Heimarbeit und Verbandstätigkeit mitbringen. — Metall: Gruppenheim, Jugendheim, Bergstr. 29 (Soll), Freitagabend 18.30 Uhr, Arbeitskreis eines politischen Gesangsvereins. — Jugendklub: Gruppenheim, Schule Sonnenburger Str. 20, Thema: „Wirtschaftswesen“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, laden folgende Berufsgruppen statt: Geländebewässerung; Jugendheim Schützenstr. 1 (Waldgärten), Vortrag: „Erbin — vom Reich zur Weltmacht“, Referent: Georg Seibmann. — Eisen: Jugendheim, Schule Wäcker Str. 18, Fortsetzung der Betriebsreihe: „Hinter aller Bänder“, Referent: „Hinter“, Referent: Wilhelm Gemin. — Eisen: Jugendheim der Schule Götterstr. 6, Gruppenbesprechung. — Metall: Jugendheim Wäcker Str. 1-4, die Besuche in der Versammlung des Betriebsrats in den „Häusergärten“ Bergstr. 147. — Schicht: Jugendheim Wäckerstr. 12, Gruppenbesprechung. — Eisen: Jugendheim Wäckerstr. 1, Heimabend. — Postwesen: Gruppenabend fällt aus.

SPD-Kleinrentnerarbeiten aller Betriebe. Wichtige Versammlung am Donnerstag, 7. März, 17 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. Jeder Betrieb muß mindestens eine Delegation in diese Versammlung entsenden. — Rabenweil Oberpreze, Freitag, 8. März, 16 Uhr, Treffpunkt aller Genossen vom Rabenweil Oberpreze und Oberhörnweide im Sozial Saal, Schillerpromenade 3 in Oberhörnweide. — SPD-Praktiken bei Spinnstoff-Fabrik Schützenstr., Donnerstag, 7. März, nach Arbeitschluss beim Genossen Wenzler, Lokal „Schützenstr.“, Soebot, Treffpunkt. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen dringend erforderlich. Der Fraktionsvorsitz.

SPD-Unterstützungspartei, 16. Bezirk, Donnerstag, 7. März, 20 Uhr, allgemeine Fraktionsversammlung bei Schulz, Polnischstr. 21, Vortrag: „Wirtschaftsdemokratie“, Referent: Genosse Richter, W. d. W. Alle Gewerkschafts-funktionäre und Betriebsräte haben zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Obmann.

Wer mit verwöhntem Gaumen probt
Und immer nur das Beste lobt —
Er bleibt nur einer Marke hold:
DER KENNER SCHWÖRT AUF
Preußengold!
5 3 Edel - Cigarette | Phänomen!

